

Antrag 507/I/2025**Sven Meyer und Bettina König****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Integration der Charité Facility Management GmbH (CFM) in der Charité jetzt!**

1 Die SPD Berlin steht uneingeschränkt zum Grundsatz
 2 „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, dies ist ein für die SPD
 3 nicht verhandelbarer Baustein für faire Arbeitsbedingun-
 4 gen. Überall dort, wo die SPD in Berlin unmittelbar Ver-
 5 antwortung für Arbeitsbedingungen trägt, muss sie sich
 6 für die Umsetzung dieses Grundsatzes einsetzen. Derzeit
 7 gibt es weiterhin Berliner Landesunternehmen, wo dieser
 8 essentielle Grundsatz bei den Tochterunternehmen nach
 9 wie vor nicht umgesetzt ist und Mitarbeitenden dafür
 10 streiken müssen, gleich bezahlt zu werden wie KollegIn-
 11 nen des Mutterunternehmens. Aktuell betrifft das insbe-
 12 sondere die CFM, ein Tochterunternehmen der Charité,
 13 dass u.a. für Reinigung, Patientenverpflegung, Sicherheit,
 14 Transport, Sterilisation sowie Betriebs- und Medizintech-
 15 nik der Charité verantwortlich ist und seit 2019 wieder in
 16 100%-Landesbesitz ist. Ihre Mitarbeitenden sind nun als
 17 letzte Eskalationsstufe in den unbefristeten Streik getre-
 18 ten, um für gleiche Arbeit den gleichen Lohn zu erhalten.

19
 20 In mehreren Landesparteitagsbeschlüssen seit 2017, zu-
 21 letzt von 2024, wird eine Übernahme des Tarifvertrages
 22 der Muttergesellschaft und eine Integration der Tochter-
 23 unternehmen der landeseigenen Krankenhäuser gefor-
 24 dert. Entsprechend war eine schnellstmögliche Integrati-
 25 on der Krankenhaustöchter eine der Wahlkampfverspre-
 26 chen von 2021 und 2023 und wurde dieses Versprechen
 27 auch im Koalitionsvertrag verankert.

28
 29 Die aktuelle Koalition ist jetzt seit 2 Jahren im Amt und
 30 bisher sind keine entsprechenden Schritte von Seiten des
 31 Senats erkennbar, so dass es wieder zu tariflichen Ausein-
 32 andersetzung kommt. So werden die SPD-Mitglieder des
 33 Senats aufgefordert,

- 34 • den Koalitionsvertrag jetzt umzusetzen und ei-
 35 nen verbindlichen Zeitplan für die Rückführung der
 36 Töchter, insbesondere der CFM in die Charité, vor-
 37 zulegen. Dafür soll als erster Schritt die CFM um-
 38 gehend Vollmitglied des Kommunalen Arbeitgeber-
 39 verbandes werden.
- 40 • die Geschäftsführung ihres Landesunternehmen
 41 CFM anzuweisen, im aktuellen Tarifstreit ein ent-
 42 sprechendes Verhandlungsangebot vorzulegen,
 43 dass die schrittweise Angleichung an den TVöD mit
 44 allen seinen Bestandteilen (Tabelle und sonstige
 45 Arbeitsbedingungen („Mantel“)) sicherstellt, damit
 46 der unbefristete Streik, der weder im Interesse
 47 der Beschäftigten noch im Interesse einer guten
 48 Patientenversorgung ist, beendet werden kann.

- für diese Angleichung an den TVöD die Finanzierung sicherzustellen. Wir erwarten dabei, dass mit der schrittweisen Angleichung an den TVöD noch im ersten Halbjahr 2025 begonnen wird.

Begründung

Seit einigen Wochen streiken die Kolleg:innen der CFM und es gibt keine klaren Ansagen seitens der Senatsmitglieder:innen, obwohl es eine klare Beschlusslage hierzu gibt.

Wir wollen in Berlin Krankenhäuser mit der bestmöglichen Qualität und Versorgung für die Patientinnen und Patienten. Dies kann nur funktionieren, wenn das Personal zu guten Bedingungen arbeitet und fair entlohnt wird. Zu einem funktionierenden Krankenhaus gehören auch die Berufsgruppen, die das medizinische Personal unterstützen. Sie verdienen den gleichen Respekt wie das medizinische Personal - eine tarifliche Bezahlung nach dem gleichen Tarifvertrag.

Die Charité Facility Management GmbH (CFM) wurde 2006 gegründet, um Kosten zu sparen. Dies wurde vor allem durch Tariffucht und deutlich geringeren Gehälter erreicht. Erst seit einigen Jahren gibt es überhaupt einen Tarifvertrag und der beinhaltet deutlich geringere Löhne, als der Tarifvertrag der Charité (dort gilt TVöD). Dies widerspricht nicht nur dem Koalitionsvertrag, in dem wir die Rückführung der CfM vereinbart haben, sondern widerspricht auch den „Beteiligungsgrundsätzen des Landes Berlin“, in denen eine Vollmitgliedschaft von Unternehmen des Landes Berlin im Kommunalen Arbeitgeberverband vorgesehen ist (siehe „Das Land Berlin erwartet von seinen Landesunternehmen, dass sie Vollmitglieder in dem jeweiligen Arbeitgeberverband sind [...]“ S. 3, von 29.10.2024).